Kritische Stellungnahme zu den „Thesen“ des Sekretariats des Parteivorstands

Vorbemerkung und Gesamteindruck:

Als ich den ersten „Thesenentwurf“ noch vor der PV-Tagung las, war ich v.a. über den DKP-Teil sehr erschrocken und hielt eine Fälschung nicht für ausgeschlossen!

Nun, da einige Zeit zum Nachdenken und –lesen war, die erste Emotionalität sich gelegt hat, ich einige Stellungnahmen dazu verarbeiten konnte (u.a. von Willi Gerns, Robert Steigerwald, Beate Landefeld, und auch Patrik Köbele …), aufgrund dieser Stellungnahmen und der PV-Diskussion wohl einige der härtesten Passagen etwas überarbeitet oder ergänzt worden waren und dieser Text einer breiten Parteidiskussion übergeben wurde, möchte ich dennoch trotz größtmöglicher Gelassenheit feststellen:

Ich bin immer noch tief bestürzt und beunruhigt über

a) das Ausmaß und die Radikalität, wie v.a. in der Sozialismus- und Parteifrage, aber auch an anderen Stellen, unsere bisherigen programmatischen Positionen und unser kommunistisches Selbstverständnis revidiert werden sollen, und
b) dass diese Revision offenbar ohne erkennbaren Widerspruch von unserer gesamten engeren Parteiführung incl. Vorsitzendem, Ideologie-Sekretärin, Org.-Sekretär und UZ-Chefredakteur u.a. einmütig vertreten und eingebracht wurde!

Das heißt nicht, dass ich nicht auch einige Beschreibungen der Krise in diesen Thesen interessant und stimmig finde.
Nun bin ich zwar etwas erleichtert darüber, dass der PV den wohl ursprünglich vorgesehenen „Durchmarsch“ zum Parteitag stoppte und die „Thesen“ „nur“ zu einer theoretischen Konferenz im 1. Halbjahr 2011 diskutiert werden sollen, - aber es bleibt der merkwürdige Fakt, dass ein Dokument neben dem und in entscheidenden Teilen im Widerspruch zum gültigen Parteiprogramm vom PV zur Diskussion freigegeben wurde.
Was damit bezweckt werden soll, ob de facto trotz gegenteiliger Beteuerungen das Parteiprogramm durch die „Thesen“ später ersetzt werden soll oder was auch immer, bleibt unklar.
Nach meiner Überzeugung sind die „Thesen“ an so vielen Stellen eine Abweichung oder mindestens Verwässerung von marxistischen bzw. klassenmäßigen Positionen, sodass eine entsprechende Korrektur bzw. Überarbeitung quasi auf die Formulierung eines neuen Dokuments hinauslaufen würde und somit eigentlich fast unmöglich wäre!
Am besten wäre es, nach gründlicher Parteidiskussion diese „Thesen“ zurückzuweisen bzw. zurückzuziehen, um den kommunistischen Charakter unserer Partei zu verteidigen! Welche sonstigen inhaltlichen und personellen Konsequenzen zu ziehen wären, müsste gesondert diskutiert werden.

Meine Kritik im Einzelnen:

1. Wer braucht diese „Thesen“?
Wir haben ein gültiges Parteiprogramm, das erst 4 Jahre alt ist und unter großen Mühen über längere Jahre erarbeitet und erstritten wurde, das zwar in manchen Teilen in eine Art Kompromiss mündete, der aber immerhin von allen Seiten der Partei akzeptiert werden konnte.
<u>Ein einseitiges Abgehen von diesem Parteiprogramm, egal durch wen, stellt in jedem Fall eine Gefahr für die Einheit der Partei dar!</u>
Ich kann aus meiner Sicht keine dringende Notwendigkeit erkennen, die zu einem solch riskanten Unternehmen wie den „Thesen“ zwingen würde und frage mich daher nach dem Motiv, das das PV-Sekretariat dazu bewog, dieses Dokument in dieser Form zu forcieren?
Ein Krisenaktionsprogramm zur aktuellen Orientierung der Partei wäre sicher dringend nötig, aber das sind die „Thesen“ nicht und sollen es ausdrücklich auch nicht sein.

Wem gegenüber will man also beweisen, dass man endgültig „demokratisch genug“ sei, dass man sich „glaubwürdig genug“ vom historisch-untergegangenen Realsozialismus in der SU und Osteuropa abgrenzt?
Ist es abwegig zu vermuten, dass es möglicherweise die „Europäische Linkspartei (EL)“ ist, die die gleichberechtigte Mitarbeit der DKP von einem solchen „Glaubwürdigkeits-Bekenntnis“ abhängig macht? Das würde allerdings die Frage aufwerfen: Wer beeinflusst da eigentlich wen?

2. „Globaler Kapitalismus“, „Neoliberalismus“, „transnationale Konzerne“ – oder aktualisierte Imperialismus-Analyse?
Der Begriff eines „kollektiven Imperialismus“ taucht zwar nicht mehr auf, aber als „global koordinierter Kapitalismus“ usw. geistert er dennoch im ganzen Text herum. Der deutsche Imperialismus im Dienste der hiesigen Monopole und der davon dominierten EU wird nur noch untergeordnet und an der Seite der USA gesehen …
Das unterschätzt aber die Aggressivität und Gefährlichkeit besonders des deutschen Imperialismus und seiner längerfristigen strategischen Herangehensweisen und lässt unsere Aufgabe, zuallererst gegen den Feind im eigenen Land – eben die deutschen Monopole und ihren Staatsapparat – zu kämpfen, nicht klar genug herausarbeiten!

Auch der Begriff des „Neoliberalismus“ ersetzt weitgehend eine klare marxistische und leninistische Bestimmung der gegenwärtigen Phase des Imperialismus. Auch wenn dieser Begriff im üblichen Sprachgebrauch weitverbreitet ist, so verharmlost er dennoch seinen Charakter als Verschleierung- und Kampfbegriff der Bourgeoisie, um die seit Jahrzehnten forcierte Strategie der Konterrevolution und Konterreform (bis hinter die Bismarck’schen Linien zurück) als angebliche „Befreiung“ zu suggerieren! Dieser Begriff ist ein Bestandteil der imperialistischen ideologischen Hegemonie, wir sollten ihn deshalb nur wohldosiert und gut definiert und erst recht nicht als Ersatz für marxistisch-wissenschaftliche Sprache verwenden („neoliberaler Block“ usw.)!

Zum Begriff der „transnationalen Konzerne“ hat Beate Landefeld in einer interessanten Untersuchung des Charakters der 100 größten DAX-Konzerne ermittelt, dass trotz weitgehend transnationaler Vermischung von Kapital-Anteilen bei den allermeisten dieser Konzerne dennoch der (deutsch-)“nationale“ Anteil ausreicht, um die Geschäftspolitik und die Einsetzung bzw. Absetzung des Führungspersonals zu kontrollieren und dass über die Erhaltung dieser Kontrollfähigkeit eifersüchtig gewacht wird! Dies dürfte in anderen imperialistischen Zentren nicht anders geschehen und bedeutet, dass im Wesentlichen statt von „transnationalen Konzernen“ richtigerweise von <u>transnational agierenden aber national-imperialistisch kontrollierten Konzernen</u> gesprochen werden müsste! Dies macht aber einen riesigen Unterschied für die Einschätzung des heutigen Imperialismus!

3. Auflösung der Arbeiterklasse und der Arbeiterbewegung?
Neben manch Interessantem in der Detaileinschätzung von Krisenprozessen in der Arbeiterklasse und –bewegung stimme ich im Wesentlichen Patrik Köbele zu, dass in den „Thesen“ hinter einem Nebel von Erscheinungsbeschreibungen vor allem die Rolle der Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt verschwimmt. Dies wird zusätzlich durch den mehrfach verwendeten Begriff der <u>„arbeitenden Klasse“</u> noch verstärkt (von Seite 2 – 18). Dieser Begriff ist mindestens schlampig und in der Konsequenz die Aufhebung des Klassenbegriffs, denn arbeiten Handwerker, Bauern, kleine Gewerbetreibende, Manager, ja selbst Angehörige der Bourgeoisie nicht auch, - „notfalls“ eben zur hemmungslosen eigenen Bereicherung? „Arbeiterklasse“ meint eben marxistisch die Klasse ohne eigenen Besitz an Produktionsmitteln, die zum Verkauf ihrer Arbeitskraft gezwungen ist … und deshalb ein <u>objektives Interesse</u> an der Überwindung des Kapitalismus und an der Erringung des Sozialismus hat (revolutionäres Subjekt).

4. Schlussfolgerungen aus der Niederlage des Realsozialismus in der Sowjetunion und Osteuropa:

Damit haben wir im Parteiprogramm sicher erst begonnen, aber immerhin!
Was meiner Auffassung nach bisher generell zu kurz kommt, ist die Modifizierung des Epochen-Charakters: Bisher sind wir vom objektiven Gesamtcharakter der Epoche ausgegangen, der von der historischen Notwendigkeit des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus geprägt wird. Dies gilt nach meiner Überzeugung auch weiterhin.
Anders die „Thesen“: „Der Sozialismus tritt nicht mit historischer Notwendigkeit ein, sondern ist eine Möglichkeit…“ (Seite 18) Dass eine historische Notwendigkeit kein Automatismus ist, sondern vom Handeln realer Menschen abhängt, war uns schon immer klar. Sonst droht als Alternative entweder die Barbarei oder der Untergang der Menschheit!
Was aber nach meiner Auffassung als wichtige Präzisierung der Epochenbestimmung hinzukommen muss, ist, dass wir seit der Niederlage der SU und des Realsozialismus in Osteuropa in einer aktuellen Periode des historisch-zeitweiligen Siegs der Konterrevolution/ Konterreform leben.
Dies prägt weltweit das gesamte gesellschaftliche Klima, auch wenn es z.B. in Lateinamerika interessante Gegentendenzen gibt. Außerdem widerstehen diesem Trend mit China, Vietnam, Nordkorea und Kuba solche Länder, die eine eigenständige Revolution erlebt haben (auch wenn man sie im Einzelnen differenziert beurteilen muss).
Aber v.a. hier in Europa hat die Konterrevolution/ Konterreform unter dem Firmenschild „Neoliberalismus“ in allen gesellschaftlichen Bereichen tiefste Auswirkungen, hat die Vorstellung einer gesellschaftlichen Alternative zumindest vorübergehend verstellt und damit zu den desaströsen Entwicklungen in der Arbeiterklasse und –bewegung geführt, bis zu den Krisenentwicklungen in KPs … Der vordergründige Charakter von „demokratischen Revolutionen“ gegen das „Joch der Unrechtsregime“ verstärkt noch diese Wirkung.
Und hier müssen wir der objektiven Wahrheit gemäß uns eingestehen, dass der Zusammenbruch des „Realsozialismus“ in Osteuropa zwei gegensätzliche Charakterzüge trug: Zum einen eine objektive Seite der Konterrevolution und Beseitigung von sozialistischen Errungenschaften und Elementen in diesen Gesellschaften – zum anderen aber ebenfalls sehr real das Streben der jeweiligen Volksmehrheiten in Richtung Kapitalismus (egal mit welchen Illusionen). Das ist wohl auch darauf zurückzuführen, dass aus historischen Gründen (Sieg der SU über den Faschismus und verständliches anschließendes Sicherheitsbedürfnis der SU im Kalten Krieg) in den von der Sowjetarmee befreiten und besetzten Ländern Osteuropas keine eigenständigen Volksrevolutionen stattgefunden hatten (dies gilt nicht für die russische Oktoberrevolution, die von einer überwältigenden Volksmehrheit getragen wurde!).

Zwar wurden von den herrschenden KPs in Osteuropa unter dem Schutz der Roten Armee immer wieder mehr oder weniger erfolgreiche Versuche unternommen, Volksmehrheiten für Schritte der revolutionären Umwälzung zu gewinnen (z.B. die Volksabstimmungen zur Enteignung von Kriegs- und Naziverbrechern …), aber es konnte offensichtlich keine dauerhafte Unterstützung durch die Mehrheit erreicht werden! Damit war aber der „Realsozialismus“ in Osteuropa nicht in der Lage, die Qualität einer wirklichen Volksmacht zu entwickeln (auch wenn Elemente davon bestanden).

So konnte die objektive Konterrevolution von 1989/ 90 im Bewusstsein breiter Volksmassen als „demokratische Revolution“ und „Befreiung“ vom „Joch des Kommunismus und der Sowjets“ erscheinen.
Dies wird fatalerweise noch länger nachwirken und bedeutet für uns in der kritischen Konsequenz:
Diese „Geburtsfehler des Realsozialismus“ in Osteuropa waren aus den historischen Bedingungen heraus wohl unvermeidlich, aber werden sich so nicht wiederholen. Jeder Neuanlauf zum Sozialismus kann nur auf der Grundlage einer eigenen Volksrevolution stattfinden. Jeder „Revolutions-Export“ muss scheitern und wird von uns abgelehnt. Allerdings muss jede Volksrevolution auch Maßnahmen zu ihrem Schutz gegen innere und äußere Konterrevolution und darüber hinaus gegen Gefahren der inneren bürokratischen Deformierung treffen. Es ist gründlich über Kontrollmechanismen der Macht nachzudenken, v.a. die aktive Rolle von Basis-Räten bis zu sozialistischer Rechtsstaatlichkeit usw.

Auch wenn die Periode der Konterrevolution/ Konterreform noch einige Zeit nachwirken wird, so haben dennoch unter dem Eindruck der tiefsten kapitalistischen Krise seit 80 Jahren spürbare Gegentendenzen begonnen, was auch zum Anwachsen des Bedürfnisses nach einer objektiveren und gerechteren Einschätzung z.B. der DDR führt.
Dass wir zu diesem Klärungsbedürfnis durch die weitere Vertiefung unserer eigenen kritischen-selbstkritischen Einschätzungen beitragen müssen, scheint mir unverzichtbar. Aber eben auf Klassenbasis, mit richtiger historischer Einordnung und marxistisch!
In den „Thesen“ wird diese Klassenbasis nach meiner Einschätzung mindestens in Teilen verlassen bis verwässert und in Entscheidendem dem bürgerlichen Mainstream nachgegeben.
Umgekehrt wäre aber eine Verharmlosung der tatsächlichen Deformationen und erst recht der Stalin-Ära ebenfalls keine Lösung, sondern eine fatale Sackgasse!

5. Zur Demokratie- und Freiheitsfrage:
Hier kann ich mich den Ausführungen von Beate Landefeld voll anschließen.
Schon Rosa Luxemburg polemisierte gegen Bernstein 1899 („Sozialreform oder Revolution?“), dass es eben keinen Spaziergang oder Hineinwachsen durch Reformen vom bürgerlichen Staat („Demokratie“) in den Sozialismus gäbe, sondern dass die Machtfrage eben nur durch die Revolution gelöst werden könne. Lenin spricht in „Staat und Revolution“ von der Notwendigkeit, den bürgerlichen Staatsapparat zu zerschlagen!
Wenn wir in unserem Parteiprogramm einen möglichst unblutigen Weg ohne Bürgerkrieg anstreben, so bedeutet dies nicht einen “Spaziergang“, sondern dass schon das Ringen um eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt und erst recht um eine antimonopolitische Demokratie nur über härteste Klassenkämpfe zu erreichen ist.
In den „Thesen“ wird zwar ebenfalls von der Notwendigkeit der „revolutionären Überwindung der kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnisse“ (Seite 23) gesprochen, aber dann äußerst schwammige Charakterisierungen dazu abgegeben: „Anerkennung unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Positionen“ (auch der Konterrevolution?), „Achtung der Autonomie der … Bewegungen“ (auch vom Kapital finanzierter NGOs?), „Freiheit der Forschung und der kulturellen Aktivitäten …“ (auch im Auftrag der bisher herrschenden Klasse zur Erhaltung bzw. Wiedererlangung ihrer Herrschaft?) (alles Seite 23) usw. usf. bis zu „Ergänzung der repräsentativen Demokratie durch Elemente direkter und partizipativer Demokratie“ (Seite 21).

In der Aufzählung wird schon deutlich, dass dies alles sehr klassenneutral formuliert ist und mindestens deutlich präzisiert werden müsste, um nicht den Eindruck eines „Spaziergangs“ von der bürgerlichen Demokratie zum Sozialismus zu erwecken.

Wenn dann aber noch die alte sozialdemokratische Floskel vom „demokratischen Weg zum Sozialismus“ (Seite 23) gebraucht wird, - was von dieser Seite immer als Unterordnung unter die bürgerliche Demokratie (sprich reale Herrschaft des Kapitals!) verstanden wurde, also die reale Verhinderung des Sozialismus – wirft das schon seltsame Fragezeichen auf.
Es gibt eben keinen klassenneutralen „Geist der Demokratie“ (Seite 24), sondern im Wesenskern die Frage: Herrschaft des Kapitals (unter pseudodemokratischer Fassade) oder reale Volksmacht als im Kern proletarisch-sozialistische Demokratie, auch mit Elementen des Überwindens und Niederhaltens der zu entmachtenden bzw. entmachteten Besitzer der entscheidenden Produktionsmittel bzw. Privilegien und des in ihren Diensten stehenden Medien- und Staatsapparats. Aber eben durch die reale Volksmehrheit, also demokratisch!
Obwohl ich selber „stolzer Besitzer“ zweier Berufsverbote bin (eins von der CDU und eins von der SPD), weiß ich sehr wohl, dass wir die „positiven Errungenschaften der bürgerlichen Demokratie“ verteidigen müssen, notfalls gegen die Bourgeoisie selber, und sie „positiv im Sozialismus aufheben“ wollen (Seite 23). Aber was dazu gehört, muss im Sinne einer richtig verstandenen „wehrhaften Demokratie“ sehr sorgfältig geprüft werden!
Die Hoffnung, durch das noch so beeindruckende Schildern der allerschönsten klassenneutralen demokratischen Rechte und Freiheiten und deren Pauschalgarantie würde die herr-

schende Klasse vor Schreck zur Salzsäule erstarren lassen und zum freiwilligen Aufgeben ihrer Macht/ Privilegien/ Reichtümer bringen, bleibt eine zwar goldige, aber eben luftige Illusion! Auf diese Weise wird es jedenfalls den Sozialismus nie geben.

6. Zur Parteifrage:
Hier hat Robert Steigerwald zur Frage des „Hineintragens von Klassenbewusstsein“ und zum „Kampf um die Hegemonie“ schon Entscheidendes gesagt.
Was ich ergänzen möchte ist, dass unsere kleingewordene Partei zweifellos in ihrer Existenz bedroht ist, und zwar nicht nur wegen der drohenden Überalterung, sondern auch wegen der Gefahr, zum bloßen Anhängsel der Linkspartei herabzusinken. Dann bräuchte es uns nicht mehr.
Sicher ist es nicht einfach, die Rolle einer revolutionären Partei in einer nichtrevolutionären Zeit zu definieren (wobei sich das in der Geschichte oftmals rasant verändert hat), - aber die fortschrittlichsten GewerkschafterInnen in betrieblichen Kämpfen und die jungen RevolutionärInnen in den antifaschistischen und antimilitaristischen Auseinandersetzungen brauchen genau das! Das ist auch unsere heutige Chance, trotz aller Schwierigkeiten uns neu zu verankern und neue MitstreiterInnen zu gewinnen. Aber eben nur als kämpferische KP, als klare marxistische und leninistische Klassenpartei – und nicht als bloßer „Moderator“ von Bewegungen und Allianzen oder als weitere „kommunistische Plattform“ neben der Linkspartei! Zu dieser brauchen wir eine klare Position der Aktionseinheit, bei gleichzeitiger solidarisch-kritischer Auseinandersetzung und wo nötig auch ideologischer Abgrenzung.

7. Wie jetzt mit den „Thesen“ umgehen?
Da sie nun mal in der Welt sind, bleibt uns nichts anderes übrig, als uns mit ihnen in aller Sorgfalt und Ausführlichkeit auseinanderzusetzen. Das verbraucht zwar Zeit und Kraft und hält uns von manchen aktuellen Auseinandersetzungen ab.
Aber wenn wir die notwendige Grundsatzdebatte als Chance nutzen, um vergleichbar zur Jahrhundertwende um 1900 die revisionistische Herausforderung zurückzuweisen und unsere Identität als revolutionäre Klassenpartei unter heutigen Bedingungen neu zu präzisieren, dann können wir aus dieser vertrackten Situation dennoch Boden gewinnen.
Aber dazu müssen wir offenbar unsere DKP von Kopf bis Füßen als kommunistische Partei erst wiederherstellen.

Klaus Mausner